



Sind die blutigen Lektionen des 20. Jahrhunderts vergessen?

Wehret den Anfängen – Nichts ist vorbei – weder die rechtsradikale Gefahr noch die politische Gegenwehr.

In den letzten Wochen und in den kommenden Wochen und Monaten sehen und erleben wir, wie aktuell und bedeutsam wichtige Gedenk- und Jahrestage sind. Im 75. Jahr der Befreiung der deutschen Konzentrationslager, der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, gleichbedeutend mit der Befreiung vom Hitlerfaschismus, darf es sich heute nicht nur um Rituale und symbolisch vollzogene Handlungen, ohne den handfesten Aktualitätswert hervorzuheben, handeln.

Die ungarische Jüdin Eva Fahidi-Pusztai, die in einem Außenlager des KZ Buchenwald Zwangsarbeit leisten musste, hob am 27. Januar 2020 in einer Rede vor dem Thüringer Landtag sehr deutlich hervor, dass sie nicht nur an dieser deutschen, sondern auch an der europäischen Rechtsentwicklung, wieder die Stimmen von damals hört. Sie sagte, sie riecht den Rauch der Krematorien wieder.

In der tiefen Erschütterung der Überlebenden über diese Entwicklungen können und müssen alle friedliebenden Menschen erkennen, was auf dem Spiel steht, und das es höchste Zeit ist, dagegen aufzustehen.

In der „alten“ und in der „neuen“ Bundesrepublik gab es trotz aller Schwierigkeiten der selbstkritischen, historischen Erinnerung an den Nationalsozialismus zumindest einen anti-nationalsozialistischen Elitenkonsens: Demokratische Parteien, seien sie auch noch so konservativ, arbeiten nicht mit neofaschistischen und neonazistischen Parteien zusammen. Die Abstimmung in Thüringen stellt somit einen tiefen Einschnitt dar. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, Hass auf Linke und andere demokratische Kräfte, Repräsentanten und Institutionen beginnen das öffentliche Leben wieder zu vergiften. Die nach dem Zweiten Weltkrieg gängige Warnung – „Sie sind unter uns“ – ist brandaktuell geworden.

Angesichts des 75. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der gegenwärtigen komplizierten politisch-militärischen Situation in der Welt sowie der heutigen deutsch-russischen Beziehungen müssen alle Deutschen daran denken:

Aus dem Inhalt:

Lektionen des 20. Jahrhunderts	S.1
Haltung zu Faschismus	S.2
Die LINKE im Land und Landtag	S.3
LINKE präsentiert 100-Tage-Programm	S.4
Linke im Landtag, Neuwahl 02/2020	S.5
Brexit und Hohenzollern	S.6
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.7
	S.8

Es waren Deutsche, die diesen grausamen Krieg begonnen haben. Die Sowjetunion hat einen schrecklichen Preis für die Befreiung Europas und der Welt vom Nazismus bezahlt – 27 Millionen Menschenleben, unzählige Zerstörungen, Kummer und Leid einfacher Menschen.

Umso bedauerlicher ist es, dass man heute in einigen europäischen Ländern in eine historische Gedächtnislosigkeit verfällt und versucht, den entscheidenden Anteil der Roten Armee und des sowjetischen Volkes an der Zerschlagung des Faschismus auszuradieren bzw. zu relativieren.

So äußerte sich u. a. unsere ehemalige deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen, dass man mit Russland aus der Position der Stärke reden muss. Eine Partnerschaft auf Augenhöhe wird nicht ansatzweise angedacht. Deutschland möchte laut Bundeswehrkonzeption von 2018 Drehscheibe und potenzielles rückwärtiges Einsatzgebiet – bezogen auf Russland – werden.

Im April und Mai – rund um den 8. Mai – findet das größte Truppenverlegungsmanöver der NATO statt. Die zu „Defender 2020“ (Defender = Verteidiger oder Beschützer) veröffentlichten Zahlen sind gewaltig: 18 beteiligte Länder; 20.000 US-Soldaten werden über den Atlantik eingeflogen. Lokale Medien melden, dass der Aufmarsch schon im Gange ist. 37.000 NATO-Soldaten in Polen, im Baltikum und in Georgien an den russischen Grenzen üben zu lassen und noch zu behaupten, dies sei nicht gegen Russland gerichtet, ist purer Zynismus: „Defender 2020“ wird einen neuen Scherbenhaufen in den deutsch-russischen Beziehungen hinterlassen.

Die meisten Ostdeutschen mit DDR-Vergangenheit haben mehr Gespür für Russland. In einem Interview mit der „MOZ“ aus Anlass des 75. Jahrestages des sowjetischen Sieges über Hitlerdeutschland sagte Russlands Botschafter Sergej Netschajew, dass er allen Deutschen danke, die auf die Soldatengräber aufpassen, Vandalismus verhindern und somit die Erinnerung an die Toten in Ehren halten. Leider verhält es sich nicht in allen Staaten so. Damit ver falle man in eine gefährliche historische Gedächtnislosigkeit. Dies zu verhindern, ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Monika Gohl

Zwischen Faschismus und Antifaschismus gibt es keine „Mitte“

„Demokraten müssen zusammenstehen“, fordert die FDP angesichts des von ihr mit getragenen Coups in Thüringen heute (20.02.2020) in der Hamburgischen Bürgerschaft.

„Abgrenzung zur AfD sieht anders aus als das, was die Hamburger FDP bisher praktiziert“, sagte in der Aktuellen Stunde Sabine Boeddinghaus, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. „Thüringen war kein Unfall, sondern Ergebnis eines präzise vorbereiteten Plans der AfD. FDP und CDU dort sind wissentlich und billigend einen Pakt mit Faschisten eingegangen, mit erklärten Antidemokraten, die ihnen nicht genehme Staatsbürger*innen vertreiben wollen. Und währenddessen phantasiert Frau von Treuenfels im Interview über die aus Ihrer Sicht vordringlichste Aufgabe, nämlich den Linksextremismus zu bekämpfen, und spricht ihrem zu recht angezählten Bundesvorsitzenden ihr Vertrauen aus.“ Boeddinghaus verwies auf den Sozialwissenschaftler Heitmeyer, der seit Jahren belegt, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ihre Wurzeln vor allem in der Mitte der Gesellschaft hat: „Die Selbstverortung in einer vermeintlich bürgerlichen Mitte, wie sie auch hier gerade FDP und CDU betreiben, ist weder Persilschein noch Garant für eine aufrechte demokratische Geisteshaltung. Gerade Thüringen zeigt, wie falsch, dumm und gefährlich das zusammen mit der absurden Gleichsetzung von links und rechts ist. Das befeuert nur eines: den Applaus für die AfD, die Normalisierung ihrer rassistischen Rhetorik und ihrer gezielten Angriffe auf die Demokratie.“

In dieser Zeit könne nur eines gelten: eine glasklare antifaschistische Haltung gegen Hass, Ausgrenzung und Rassismus – und damit gegen die AfD. „Und, Frau von Treuenfels, gerade und ganz besonders in Schulen!“, so Boeddinghaus. „Antifaschismus, in all seinen unterschiedlichen Ausprägungen, ist ein Muss und Auftrag einer demokratischen, friedlichen und gerechten Gesellschaft, die es jeden Tag aufs Neue zu verteidigen gilt. Zwischen Faschismus und Antifaschismus gibt es keine bequeme Mitte!“

Anja Mayer: Mit wem stimmen sie denn da, Frau Teuteberg?

In einem Presse-Interview betont FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg die Abgrenzung zu LINKEN und AfD und äußert Zweifel an der demokratischen Gesinnung von Bodo Ramelow.

Die Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Anja Mayer, meint dazu:

"Es ist schon absurd: da lässt sich ihr Parteikollege Kemmerich mit den Stimmen von ausgewiesenen Nazis zum Ministerpräsidenten wählen und Frau Teuteberg fällt nichts Besseres ein, als mit dem Finger auf Bodo Ramelow zu zeigen. Wie billig! Der permanente Versuch einer Gleichsetzung von AfD und LINKEN zeigt, dass die FDP offenbar immer noch nicht verstanden hat, welche Bedeutung der Tabubruch von Thüringen hat. Es gibt keinen Zweifel daran, dass DIE LINKE die Demokratie verteidigt, die die AfD zerstören will! Frau Teuteberg wird nicht müde zu betonen, dass es kein Miteinander und keine wie auch immer geartete Kooperation mit der AfD geben könne. Die Worte hör ich wohl – allein mir fehlt der Glaube. Denn Linda Teuteberg hat auch in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung schon in trauter Eintracht mit der AfD abgestimmt – und lag mit der Ablehnung des Klima-Notstandes dabei auch inhaltlich ganz klar auf einer Linie mit den Klimawandel-Leugnern.

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Links, Rechts und der Mitte – sie verlaufen zwischen Demokrat*innen und den Feinden der Demokratie. Es wird allerhöchste Zeit, dass diese Erkenntnis auch in der FDP ankommt!"

17. Februar 2020

LINKE NEWSLETTER 07/2020

Ronny Kretschmer: Prioritäten fehlen – Verschwendung für unsinnige Projekte

Die Landesregierung hat am 11. Februar 2020 einen Nachtragshaushalt für 2020 beschlossen. Dazu erklärte der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der LINKEN im Landtag, Ronny Kretschmer:

"Große Erwartungen verbinden wir nicht mit dem Nachtragshaushalt der Koalition. Die Lösung wichtiger Fragen – wie beispielsweise eine kostenlose Schülerbeförderung oder ein neues Kommunales Investitionsprogramm (KIP) – wird nicht angegangen. Stattdessen werden Parteiprojekte wie die Einführung von Regionalkoordinatoren samt Entourage (= Gefolge) auf den Weg gebracht. Den Steuerzahler kommt allein dies mit über 2,7 Mio. Euro pro Jahr teuer zu stehen. Mein erstes Fazit: Es war der Koalition nicht wichtig, welche Maßnahmen der Entwicklung Brandenburgs auf Dauer nutzen – es ging darum, welche Partei sich am besten beim Steuerzahler bedienen kann, um ihre Partikularinteressen (= persönliche Interessen)

durchzusetzen. Kenia greift in die Rücklage und genehmigt sich mal eben 880 Mio. Euro - so wird die Zukunft des Landes verfrühstückt! DIE LINKE wird eigene Vorschläge für ein soziales, gerechtes und zukunftsfähiges Brandenburg in die Verhandlungen einbringen."

LINKE Newsletter 06/2020

Hört uff zu quatschen und packt es an

Auf der 1. Tagung des 7. Landesparteitages vom 22./23. 2020 in Templin wurden Anja Mayer mit 61,7% und Katharina Slanina mit 85,2% als neue Doppelspitze der Brandenburger LINKEN gewählt.

Der Vorstand der Basisorganisation gratuliert herzlich und wünscht ihnen einen erfolgreichen, kämpferischen Neustart nach den Wahlniederlagen im vergangenen Jahr.

**Wahlergebnis knapp über 5%:
185.000 Euro.**

**Keinen inhaltlichen Plan:
Wird schon Keine*r merken.**

**Sich von AfD & CDU zum MP wählen lassen:
5 schmutzige Deals unter Freunden.
Guten Freunden.**

**Dem Faschismus Tür und Tor öffnen:
UNBEZAHLBAR!**

FDP

LINKE präsentiert 100-Tage-Programm

Unsere Oppositions-Arbeit zielt auf eine starke Öffentliche Daseinsvorsorge in Brandenburg. Wir stehen für eine weitgehende Zurückerlangung des Öffentlichen für die Gesellschaft. Wo Profitinteressen oder auch deren Grenzen die Belange der Bürgerinnen und Bürger besonders betreffen, legen wir vor allem die Finger darauf. Wohnen und Mieten gehören unübersehbar in diesen Komplex. 3 Themenbereiche haben in diesem Zusammenhang für uns zunächst besondere Bedeutung:



Einkommen/Löhne

Brandenburg hat sich vor allem in den letzten zehn Jahren auf einen erfolgreichen Weg begeben - auch wirtschaftlich. Es war Konsens geworden, dass unser Land als Niedriglohn-Zone keine tragfähige Perspektive hat. Dieser Konsens muss bewahrt und jetzt vor allem dafür gesorgt werden, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger vom Fortschritt unseres Landes ihren gerechten Anteil beziehen.

Bildung

Bildung ist und bleibt der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes insgesamt als auch jedes einzelnen. Noch immer aber ist die soziale Situation im Elternhaus für viel zu viele junge Leute ein ernstes Hindernis auf dem Weg zu Bildungserfolg. Und zugleich müssen weiter Unzulänglichkeiten in unserem Bildungssystem ausgemerzt werden.

Ländliche Räume

Brandenburg ist mehr als die Hauptstadtregion. Und seine ländlichen Räume sind mehr als Naturschönheiten und Rückzugsraum für die Menschen aus den benachbarten Metropolen. Das Leben hier hat seinen eigenen Wert und muss den Werten und Möglichkeiten einer wohlhabenden Gesellschaft gemäß ausgestaltet werden in allen Bereichen, von der Infrastruktur bis zur gesundheitlichen Versorgung, von der Bildung bis zum Einkauf, von Kulturleben bis Landwirtschaft.

Die Landesregierung hat es nicht geschafft, ein Handlungsprogramm für ihre ersten 100 Tage im Amt vorzulegen. Wir springen ein. Hier ist, was wir für prioritär und zugleich für machbar halten:

1. Dringend sind eine Erhöhung des Vergabemindestlohns auf 13 Euro und - als erster Schritt - eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Pflege-Tariflöhnen. Tariftreue und Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverhandlungen sind ein Schlüssel für die Verbesserung der Einkommens-situation.
2. Wir werden noch in den ersten 100 Tagen ein Grobkonzept für einen sozialen Arbeitsmarkt in Brandenburg und seine Finanzierung vorlegen.
3. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen in der Landesverwaltung gehört sofort abgeschafft.
4. Investitionen in Infrastruktur und Kommunen durch Ausbau des Kommunalen Investitionsprogramms sichern.
5. Mit der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission VI/1 zur Zukunft der ländlichen Räume muss unverzüglich begonnen werden. Der Landtag muss jetzt eine Enquete-Kommission zur Zukunft der Landwirtschaft einsetzen.

6. Elternbeitragsfreiheit bei der Schülerbeförderung im ganzen Land. Das werden wir bei der Debatte über den Nachtragshaushalt beantragen. Wir sehen darin den ersten Schritt zu unserem perspektivischen Ziel eines entgeltfreien Öffentlichen Personennahverkehrs für alle in Brandenburg.
7. Zur Verbesserung der Situation im Bildungswesen ergreifen wir u. a. Initiativen zur Regelung des Einschulungsalters, zur Ausbildungsvergütung für Erzieherinnen und Erzieher sowie für eine Zulage für Referendarinnen und Referendare. Ein Schlüsselprojekt ist für uns die anstehende Novellierung des Kita-Gesetzes. Dabei geht es uns vorrangig um Betreuungszeiten, Elternbeitragsfreiheit, Qualität und Mindeststandard sowie eine solide Finanzierung. Außerdem werden wir Initiativen zur Sicherung der Unterrichtsqualität in allen Regionen des Landes ergreifen, z. B. mit einem Aktionsplan Lehrerbildung.
8. Wir wollen eine intensivere Kooperation mit Sachsen im Interesse der Lausitz. Eine Möglichkeit dafür wäre ein Gemeinsamer Ausschuss Brandenburg-Sachsen, um den Anliegen der Region mehr Gewicht zu verleihen und die Arbeit besser zu koordinieren.
9. Bezahlbare Mieten vertragen sich nicht mit galoppierenden Grundstückspreisen. Deswegen werden wir einen Verkaufsstopp für öffentliche Flächen beantragen. Zugleich werden wir eine Große Anfrage zur Situation auf dem brandenburgischen Wohnungs- und Immobilienmarkt einbringen, um eine solide Faktenbasis für weiterreichende Schritte im Laufe des Jahres zu bekommen.
10. Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Fridays-for-Future-Bewegung deutlich verstärken und deswegen z. B. dafür sorgen, dass ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Umwelt- und andere Ausschüsse des Landtages eingeladen werden.
11. Mit einem Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt wollen wir die Investitionsmöglichkeiten der Krankenhäuser erweitern. Aus dem neu geschaffenen Investitionsfonds sollen dafür Mittel entnommen und noch binnen dieser Legislaturperiode wieder zurückgezahlt werden. Sinngemäß soll ein Investitionsprogramm Reha aufgelegt werden.
12. Der Beschluss des letzten Landtages zur Ehrenamtsförderung muss erneuert und dann umgesetzt werden.
13. Zum Internationalen Frauentag wollen wir eine Novelle zum Landesgleichstellungsgesetz erarbeiten.
14. Bei polizeilicher Funkzellenortung müssen unbeteiligte Dritte informiert werden, wenn sie erfasst worden sind.
15. Bis April werden wir einen Antrag zur Regelung der Erschließungsbeiträge einbringen.
16. Für uns gilt weiterhin: Keine öffentlichen Gelder mehr für den BER! Daran halten wir bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen fest. Das Lärmschutzprogramm muss stärker vorangetrieben werden.
17. Wir schlagen einen zusätzlichen arbeitsfreien Feiertag für Brandenburg vor. In diesem Jahr soll zunächst der 8. Mai, der 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, Feiertag in Brandenburg sein.

Politische Tagesthemen

Kein Schiff, kein Turm, keine Garnisonkirche!

„Unsere Position bleibt klar: Wir sind gegen den aktuell erfolgenden Wiederaufbau der Garnisonkirche. Die Kirche ist ein historisches Symbol für das preußische Machtstreben und der Versöhnung des deutschen Großbürgertums mit dem Faschismus. Uns stellt sich nicht die Frage, wie viel vom Rechenzentrum erhalten bleibt, sondern wann der Turmbau endlich gestoppt wird.

Für den architektonischen Bruch gibt es keine bessere Zeit, als jetzt. In der Bauruine des Turms könnte sich ein Dokumentationszentrum mit der Rolle des Preußenstums und des Großbürgertums bei der Machtergreifung der Nazis befassen. Es könnte ein Ort für kritische Erinnerungskultur und Antimilitarismus statt konstruierter Versöhnungsfantasien werden.“, erklärt Oskar Müller von der Linksjugend [solid] Potsdam.

Nura Elsayed ergänzt: „In der Potsdamer Innenstadt mussten bereits zahlreiche Gebäude, zumeist DDR-Bauten, dem Projekt der Preußenwiederherstellung weichen. Das ist ahistorisch und geht an den vielfältigen Gestaltungsbedürfnissen der Stadtgesellschaft vorbei. Wir sollten darüber diskutieren, wie das Rechenzentrum, als wichtiger selbstgestalteter und selbstorganisierter Raum langfristig gesichert werden kann. Die Innenstadt sollte den Lebensbedürfnissen der Menschen gerecht werden und nicht dem Geltungsbedürfnis für einen rückwärts-gewandten Kulturkampf. Wer der Garnisonkirche Platz macht, legt neuen und alten Nazis und deren Verbündeten den roten Teppich aus. Wir sagen: es ist nie zu spät den Bau einer Nazikirche zu stoppen.“

**Pressemitteilung
der Linksjugend [solid] Potsdam
14. Februar 2020**

Münchener 'Sicherheitskonferenz': Bizarre Atomdebatte

Anlässlich der Münchener Sicherheitskonferenz an diesem Wochenende und der Debatte um eine mögliche ‚Europäisierung‘ der französischen Atomwaffen, erklärt Özlem Alev Demirel, stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments (SEDE):

„Bei der diesjährigen Münchener ‚Sicherheitskonferenz‘ (SiKo) soll die aktuelle Debatte um eine mögliche ‚Europäisierung‘ der französischen Atomwaffen fortgesetzt werden – trotz einer deutlichen Ablehnung von Atomwaffen durch die Bevölkerung. Gerade in jüngster Zeit wurde vor allem von deutschen Politiker*innen die ‚Idee‘ einer ‚Europäisierung‘ der französischen Atomwaffen verfolgt. Dem hat der französische Präsident Emmanuel Macron in einer Grundsatzrede am letzten Freitag zwar eine deutliche Absage erteilt. Andererseits bot er aber an, die französischen Atomwaffen in den Dienst europäischer Interessen zu stellen und EU-Verbündete sogar in Manöver einzubinden, solange sichergestellt werde, dass Paris die volle Kontrolle über sein Arsenal behalte.“

„Diese Überlegungen zielen allesamt auf eine ‚Atommacht Europa‘ ab. Doch selbst dies geht einigen nicht weit genug. Teils wird aus Deutschland sogar offen damit gedroht, über die Anschaffung einer deutschen Atombombe nachzudenken,

wenn Frankreich den deutschen Begehrlichkeiten nach Mitentscheidungsrechten nicht nachkomme. Bereits seit Jahrzehnten versucht Deutschland auf verschiedenen Umwegen, Zugriff auf Atomwaffen zu erlangen. Die Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland im Rahmen der nuklearen Teilhabe war hier augenscheinlich nur ein erster Schritt.“

„Nun wird argumentiert, neue Zugriffsmöglichkeiten auf atomare Einsatzentscheidungen seien erforderlich, weil die USA ein unsicherer Kantonist geworden seien. Eine Atommacht Europa oder gar eine Atommacht Deutschland aufzubauen, wäre ein gefährlicher Irrweg. Notwendig ist vielmehr die Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen weltweit, die Blockade gegenüber dem Atomwaffenverbotsvertrag muss endlich aufgegeben werden. Die Münchener ‚Sicherheitskonferenz‘ ist jedoch eben keine Veranstaltung, bei der über Demilitarisierung gesprochen werden wird. Sie dient nach wie vor vielmehr der Verankerung militärischen Denkens in der Gesellschaft. Das allerdings gelingt nicht, wie die erneut angekündigten Proteste gegen die ‚SiKo‘ und die Ablehnung von Atomwaffen durch die Mehrheit der Bevölkerung zeigen. Eine ‚Europäisierung‘ von Atomwaffen ist kein Beitrag zur Sicherheit, sondern machtpolitischer Wahnsinn!“

**Özlem Alev Demirel
13.02.2020**

Helmut Scholz zum BREXIT

Frage:

Wie nun weiter mit den Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU nach dem BREXIT?:

Scholz:

„DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Europäische Parlament keinem Vertrag zustimmt, in dem Sozial- und Umweltstandards gesenkt, ein britisches Steuerparadies vor den Toren der EU hingenommen und nur wirtschaftlicher Wettbewerb geregelt wird. Die Fragen von sozialer und demokratischer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger wurden viel zu lange vernachlässigt. Sie müssen im Mittelpunkt der künftigen Verhandlungen stehen.“

Frage:

Drohen weitere Absetzbewegungen aus der EU?

Scholz:

„Zweifellos haben auch in anderen EU-Ländern viele Bürgerinnen und Bürger generell Misstrauen in Politik, was oft mündet in wachsendem Misstrauen in die EU-Politik. Daraus müssen jetzt endlich Lehren gezogen werden. Deshalb ist es richtig, wenn gerade das Europäische Parlament die geplante Konferenz zur Zukunft der EU ab Mai dieses Jahres zur breiten Aussprache aller Bürgerinnen und Bürger machen will.“

Frage: Wo ist da anzusetzen?

Scholz: „Eine EU wie bisher zuerst und vor allem für die Wirtschaft wird das nicht bringen. Die Menschen wollen verbindliche Sozialstandards, angemessene Mindestlöhne und eine europäische Sozialpolitik, die diesen Namen auch verdient. Damit und mit mehr Transparenz und Demokratie kann die EU das überwinden. So bekommt die Europäische Idee eine neue Grundlage.“



Helmut Scholz
30.01.2020
Newsletter 04/20

Keine Geschenke

Der politisch-juristische Streit rund um die Entschädigungsforderungen aus dem Hause Hohenzollern hat auch die bundespolitische Bühne erreicht. Zu verdanken ist diesem einem Antrag unserer Fraktion, der die Bundesregierung auffordert, an keinerlei außegerichtlichen Verhandlungen mit den Nachfahren der einstigen Monarchen teilzunehmen und den bereits eingeschlagenen Weg der juristischen Klärung konsequent und bis zur letzten Instanz durchzuziehen. Denn nach wie vor verhandeln Bundesregierung und die Länder Berlin und Brandenburg mit den Hohenzollern deren an Geschichtsvergessenheit kaum zu überbietenden Forderungen. Spätestens seitdem wir als Brandenburger LINKE eine Volksinitiative gegen weitere Geheimverhandlungen gestartet haben, ist das Thema in aller Munde. Zuletzt sezierte Satiriker Jan Böhmermann minutiös, warum die blaublütigen Vorfahren eben doch dem Nationalsozialismus erheblich Vorschub leisteten. Denn das ist die entscheidende Frage, welche gerichtlich zu klären ist und die durch einen Großteil der Historischen Wissenschaft bejaht wird. Doch weder die humoristische Aufarbeitung Böhmermanns noch die unzähligen empörten Kommentare und Einordnungen quer durch die Medienlandschaft scheinen meine Kolleg*innen von SPD bis CDU erreicht zu haben, wenn ich das Niveau der hier geführten ersten Debatte betrachte. Diese führte auch zu Kronzeugen, welche die Koalition eher selten bemüht: Wilhelm Pieck und Erich Honecker. Einerseits hielt man uns einen Antrag Piecks aus dem Jahr 1926 vor, der sich tatsächlich erstaunlicher Aktualität erweist. Denn auch er sah bereits vor „jede weitere Verhandlung sofort einzustellen“. Andererseits entblödete man sich nicht anzuführen, dass auch Erich Honecker Ende der 80er Verhandlungen mit der Familie Hohenzollern geführt habe. Schlussendlich durfte auch nicht die Analogie auf die „SED-Milliarden“ (AfD) fehlen, deren Verschwinden wir zu verantworten hätten. So skurril diese Schlaglichter die bisher geführte Debatte erscheinen lassen, so erschütternd ist es, wie weichgewaschen und in welchen Fehlfarben das Bild der vergangenen 100 Jahre deutscher Geschichte gezeichnet wird. Die Familie Hohenzollern ist eben keine Familie wie jede andere und wenn sich nun „Eigentum“ zurückgewünscht wird, unterschlägt das auf geradezu zynische Weise, wie diese Reichtümer zustande kamen: durch die jahrhundertelange Ausbeutung halb Europas und vieler anderer Teile der Welt; durch Imperialismus, Kolonialismus und Krieg. In der Hoffnung, dass das auch die anderen Abgeordneten dieses Hauses begreifen, freue ich mich bereits sehr auf die anstehende Anhörung im Kulturausschuss am 29. Januar. Sie wird einen Vorgeschmack liefern auf die hoffentlich krachende Niederlage der Hohenzollern vor den Gerichten.

Norbert Müller MdB
Linke Newsletter 02/20

Termine/Arbeitsplan Basisorganisation Schwedt, Stand:

04.03.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
05.03.2020	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle
07.03.2020	Frauentagsfeier	13:30 Uhr KOMM
09.03.2020	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionszimmer
12.03.2020	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
20.03.2020	Klausur Kreis, Basis, Fraktionen	17:00 Uhr Prenzlau
01.04.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
02.04.2020	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle
01.05.2020	MAIFEIER	11:00 bis 15:00 Uhr Schwedt Fischer Zahn
06.05.2020	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
07.05.2020	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle
08.05.2019	Tag der Befreiung	14:00 Uhr Festveranstaltung und Kranzniederlegung Neuer Friedhof Schwedt

Wir trauern um Marianne Franz,
gestorben am 03.02.2020 im Alter von 83 Jahren



Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

20.02.2020	Susanne Wienholz	zum 85. Geburtstag
26.02.2020	Rita Grünberg	zum 85. Geburtstag
20.04.2020	Ingrid Nitzsche	zum 85. Geburtstag



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

05.03.2020	Gerd Kling	zum 82. Geburtstag
16.03.2020	Tess Itzenplitz Valente Ribiero	zum 21. Geburtstag
28.03.2020	Herbert Splinter	zum 82. Geburtstag
29.03.2020	Erich Dannehl	zum 89. Geburtstag
29.03.2020	Lothar Falkenberg	zum 61. Geburtstag
02.04.2020	Lutz Schüler	zum 77. Geburtstag
04.04.2020	Ruth Hebenstreit	zum 86. Geburtstag
13.04.2020	Gisela Ufer	zum 87. Geburtstag
14.04.2020	Renate Fuchs	zum 89. Geburtstag
21.04.2020	Lienhard Knochenmuß	zum 69. Geburtstag
22.04.2020	Walter Andersson	zum 92. Geburtstag
22.04.2020	Arnold Pankow	zum 92. Geburtstag

KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 02-2020: 09.04.2020

Impressum

Herausgeber:

Stadtvorstand der Partei DIE LINKE. Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M.Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel, T. Andres

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE Schwedt

Neue Sprechzeiten

Geschäftsstelle, Zi. 207/208

Mo + Mi 10 bis 12 Uhr
Di + Do 15 bis 17 Uhr

Finanzen

Mo, 02.03.20, 10 bis 12 Uhr
Mo, 30.03.20, 10 bis 12 Uhr
Mo, 06.04.20, 10 bis 12 Uhr
Mo, 27.04.20, 10 bis 12 Uhr
Mo, 04.05.20, 10 bis 12 Uhr
Mo, 25.05.20, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE Basisorganisation
Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt
e-mail:
schwedt@dielinke-uckermark.de
Tel.: (03332) 31928
Webseite:
www.dielinke-uckermark.de